



**Dow Deutschland Anlagengesellschaft  
mbH  
Stade**

**Testatsexemplar**

Lagebericht und Jahresabschluss für das Geschäftsjahr  
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023  
sowie Bestätigungsvermerk des unabhängigen  
Abschlussprüfers

## Inhaltsübersicht

### Lagebericht und Jahresabschluss

- Lagebericht
- Bilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung
- Anhang

### Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

### Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsge-sellschaften

Deloitte bezieht sich auf Deloitte Touche Tohmatsu Limited (DTTL), ihr weltweites Netzwerk von Mitgliedsunternehmen und ihre verbundenen Unternehmen (zusammen die „Deloitte-Organisation“). DTTL (auch „Deloitte Global“ genannt) und jedes ihrer Mitgliedsunternehmen sowie ihre verbundenen Unternehmen sind rechtlich selbstständige und unabhängige Unternehmen, die sich gegenüber Dritten nicht gegenseitig verpflichten oder binden können. DTTL, jedes DTTL-Mitgliedsunternehmen und verbundene Unternehmen haften nur für ihre eigenen Handlungen und Unterlassungen und nicht für die der anderen. DTTL erbringt selbst keine Leistungen gegenüber Kunden. Weitere Informationen finden Sie unter [www.deloitte.com/de/UeberUns](http://www.deloitte.com/de/UeberUns).

## **Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH, Stade**

### **Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023**

#### **1. Grundlagen des Unternehmens**

##### **Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen**

Die ehemalige Dow Deutschland GmbH & Co. OHG, Stade, (DDOHG) ist durch Umwandlungsbeschluss vom 16. August 2005 in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt worden. Die umgewandelte Gesellschaft firmiert seither als Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH, Stade, nachfolgend DDA genannt. Die Umwandlung wurde mit der Eintragung beim Handelsregister Tostedt vom 7. November 2005 wirksam.

Die DDA gehört über ihren Gesellschafter zum Konzern der The Dow Chemical Company (TDCC), Midland, USA (kleinster Kreis von Unternehmen) sowie zum Konzern der Dow Inc., Midland, USA (größter Kreis von Unternehmen).

Sie führt ihre Geschäfte unter dem Europäischen STAR-Konzept.

Die Gesellschaft stellt zusammen mit anderen Dow-Unternehmen in Europa, unter dem sogenannten Consignment Manufacturing Agreement (CMA), Produkte im Auftrag der Dow Europe GmbH, Horgen, Schweiz (DEG) her, d.h. sie führt Lohnveredlungsgeschäfte aus.

Des Weiteren ist die DDA als sogenannter Limited Risk Distributor (LRD) für die DEG im deutschen Markt tätig und vertreibt deren Produkte im eigenen Namen und auf eigene Rechnung. Diese können sowohl im Inland als auch im Ausland gefertigt worden sein.

Mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2005 ist mit der Dow Olefinverbund GmbH, Schkopau (DCG) ein Ergebnisabführungsvertrag geschlossen worden.

Seit März 2021 ist die DDA der Kommanditist der InduServ ST GmbH & Co. KG.

Im Geschäftsjahr 2023 wurden insgesamt 55.786 Geschäftsanteile der Hanseatic Energy Hub GmbH, Hamburg (HEH), zum Nennwert von je EUR 1 übernommen. Insgesamt besitzt die DDA 75.674 Anteile, was einen Anteil von 10 % am Stammkapital der HEH entspricht. Die Eintragung der jeweiligen Kapitalerhöhungen in das Handelsregister ist erfolgt. Die HEH errichtet am Standort Stade ein landbasiertes Importterminal, das die Versorgung Deutschlands mit LNG und grünen Gasen sichern und zugleich den Markthochlauf von Wasserstoff vorbereiten soll.

Gemäß Kauf- und Abtretungsvertrag vom 13. Oktober 2022 hat die DDA von der Konzerngesellschaft Performance Materials Netherlands B.V., Dordrecht/Niederlande, 100 % der Anteile an der DuPont Performance Materials Deutschland GmbH, Wiesbaden (DPM, HRB 31070), mit Wirkung vom gleichen Tag erworben. Die DPM wurde nach Maßgabe des Verschmelzungsvertrages vom 13. Oktober 2022 sowie der Zustimmungsbeschlüsse ihrer Gesellschafterversammlung vom 13. Oktober 2022 und der Gesellschafterversammlung des übernehmenden Rechtsträgers vom 13. Oktober 2022 zum 1. November 2022 auf die DDA verschmolzen.

Die DDA beschäftigte im Geschäftsjahr nahezu die gesamte Geschäftsführung sowie weitere Führungskräfte, die gemeinsam mit den Geschäftsführern das Leadership-Team bilden und die kaufmännische und technische Leitung ausüben. Die Betriebsführungsverträge mit der Dow Stade Produktions GmbH & Co. OHG (DSPOHG) am Standort Stade und der Dow Produktions und Vertriebs GmbH & Co. OHG (DPVOHG) an den Standorten Wiesbaden, Ahlen, Bomlitz und Bitterfeld haben weiterhin Bestand. Aufgrund der verschärften Anforderungen an das Vorliegen von Betriebsführungs- und Werkverträgen seit den Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) 2014 und der besonderen Ausgleichsregelung im EEG 2014 wandelten sich die Betriebsführungsverträge immer stärker zu konzerninternen Arbeitnehmerüberlassungsverträgen, bei denen die Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer zwar bei der DPVOHG und der DSPOHG verblieben, die Leitungsverantwortung und das Direktionsrecht gegenüber den Arbeitnehmern der DPVOHG und der DSPOHG aber unmittelbar von der Geschäftsführung der DDA wahrgenommen wird.

### **Forschung und Entwicklung**

Die Gesellschaft betreibt Bereiche für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten an den Standorten Stade, Bomlitz, Wiesbaden und Ahlen im Auftrag der The Dow Chemical Company (TDCC), der Dow Global Technologies LLC (DGT LLC) sowie der Dow Europe GmbH. Die Aktivitäten erfolgen im Rahmen einer globalen Aufgabenteilung mit anderen Dow-Gesellschaften vorwiegend in den Bereichen Grundlagen- und Prozessforschung für die anorganische Chemie, Optimierung der Prozesstechnologien, Weiterentwicklung bestehender Produktfamilien und Anwendungsunterstützung. Eine Verlagerung von zusätzlichen Forschungs- und Entwicklungsrollen im Bereich Kunststoffe vom Standort Dow Europe in Horgen nach Dow Deutschland in Wiesbaden wurde im Jahr 2020 beschlossen und ist zwischenzeitlich umgesetzt. Die diesbezügliche Errichtung eines Labors ist noch nicht abgeschlossen. Dies ermöglicht zusätzliche Anwendungsforschung und intensivere technische Betreuung von Kunden, hauptsächlich am Standort Wiesbaden. Eine Vielzahl von Projekten wird in enger Zusammenarbeit sowohl mit Geschäftspartnern als auch mit staatlichen wissenschaftlichen Einrichtungen (z.B. Hochschulen oder Instituten) durchgeführt. Die Kosten für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten werden vollständig an die jeweiligen Auftraggeber weiterbelastet.

## **2. Wirtschaftsbericht**

### **2.1 Branchenspezifisches Umfeld**

Die Wirtschaft zeigte 2023 wenig Dynamik. Anhaltende geopolitische Unsicherheiten, hohe Inflation, steigende Zinsen und schwache Nachfrage bremsten die Entwicklung. Dies führte dazu, dass auch die Nachfrage nach chemischen Produkten auf dem Binnenmarkt in Europa und Deutschland insgesamt schwach war, was zu einem Rückgang der Produktion führte. Das Jahr war also von einer allgemeinen Abschwächung der Chemiemärkte weltweit und damit auch in Europa und insbesondere in Deutschland geprägt.

Laut dem Verband der chemisch-pharmazeutischen Industrie (VCI) gingen die Umsätze in der Branche in Deutschland signifikant zurück. Der Umsatzrückgang in Höhe von -12,2 % (Inlandsumsatz -16,3 %; Auslandsumsatz -9,6 %) auf Mrd. EUR 229 ist vor allem auf die schwache Auftragslage als Folge der schwachen Industriekonjunktur und den intensiven Wettbewerb zurückzuführen.

Die schwache Nachfrage führte wiederum zu Produktionsdrosselungen. Laut dem Verband der chemisch-pharmazeutischen Industrie (VCI) ging die Produktion der Gesamtbranche in Deutschland im Jahr 2023 um 7,9 % zurück, in der Chemie (ohne Pharma) sank sie um 10,4 % verglichen mit dem Vorjahr.

### **2.2 Geschäftsverlauf**

Das Geschäftsjahr 2023 der DDA war aufgrund der wirtschaftlichen Gesamtlage von einer niedrigen Auftragslage, hohen Kosten im internationalen Vergleich und damit auch intensivem Wettbewerb gekennzeichnet, was zu Rückgängen bei den Inlands- und Auslandsverkäufen führte. Der Umsatz der DDA ist im Vergleich zum Vorjahr mit ca. 26 % deutlich gesunken.

Die in 2023 erreichte Kapazitätsauslastung im Werk Stade betrug insgesamt 56,8 % (Vorjahr: 60,8 %). Dabei lag die Werksauslastung im 1. Quartal bei 49,4 %, im 2. Quartal bei 50,6 %, im 3. Quartal bei 64,2 % und im 4. Quartal bei 62,8 %. Die Auslastung lag insbesondere in den ersten beiden Quartalen deutlich unter dem Vorjahresniveau, während die restlichen Quartale eine deutliche Tendenz nach oben zeigen. Insgesamt ist die Anlagenauslastung aber immer noch nicht zufriedenstellend. Wie in der gesamten chemischen Industrie ist die Nachfrage weiterhin relativ gering. Im Jahr 2023 haben, außer eines Dampfkesselumbaus in der EOB-Anlage im Zeitraum August bis Oktober mit 18.000 Arbeitsstunden, keine großen Wartungen im Werk Stade stattgefunden.

Die in 2023 erreichte Kapazitätsauslastung am Standort Bomlitz betrug insgesamt 44,8 % (Vorjahr: 76,8 %). Dabei lag die Werksauslastung im 1. Quartal bei 47,0 %, im 2. Quartal bei 49,4 %, im 3. Quartal bei 45,4 % und im 4. Quartal bei 37,3 %. Die Auslastung bleibt somit annähernd auf dem Niveau des 4. Quartals 2022 und somit insgesamt weit unter dem Vorjahresniveau.

Die in 2023 erreichte Kapazitätsauslastung im Werk Bitterfeld betrug insgesamt 52,1 % (Vorjahr: 78,1 %). Dabei lag die Werksauslastung im 1. Quartal bei 47,5 %, im 2. Quartal bei 50,7 %, im 3. Quartal bei 57,6 % und im 4. Quartal bei 52,5 %. Die Auslastung bleibt somit annähernd auf dem Niveau des 4. Quartals 2022 und somit insgesamt weit unter dem Vorjahresniveau.

Die in 2023 erreichte Kapazitätsauslastung der Anlage im Werk Ahlen betrug 40,8 % (Vorjahr: 48,0 %). Dabei lag die Auslastung im 1. Quartal bei 36,8 %, im 2. Quartal bei 39,8 %, im 3. Quartal bei 46,0 % und im 4. Quartal bei 40,6 %. Somit lag die Anlagenauslastung insgesamt in allen Quartalen weit unter dem Vorjahresniveau.

## 2.3 Lage des Unternehmens

### 2.3.1 Ertragslage

#### Umsatzentwicklung

Der Umsatz ist im Geschäftsjahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr von Mio. EUR 3.892,5 um Mio. EUR 1.027,4 auf Mio. EUR 2.865,1 gesunken.

Die Veränderung resultiert hauptsächlich aus der Abnahme der Erlöse aus Handel und Vertrieb sowie der Lohnveredlungserlöse.

Die Umsatzerlöse gliedern sich in folgende Tätigkeitsbereiche:

	2023	Vorjahr	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Erlöse aus Handel und Vertrieb	2.005,3	2.580,0	-574,7
Erlöse aus Lohnveredlung	664,9	1.077,8	-412,9
Leistungen Industriepark	104,3	115,4	-11,1
Leistungen an verbundene Unternehmen	81,6	108,0	-26,4
Verkaufsprovisionen	9,0	11,3	-2,3
	<b>2.865,1</b>	<b>3.892,5</b>	<b>-1.027,4</b>

#### Erlöse aus Handel und Vertrieb

Die Erlöse aus Handel und Vertrieb betreffen überwiegend den Vertrieb der Produkte der DEG, den die DDA seit der Einführung des STAR-Konzeptes im Juli 2002 wahrnimmt. Die DDA besitzt das Exklusivvertriebsrecht dieser Produkte innerhalb Deutschlands. Die daraus resultierenden Erlöse aus Handel und Vertrieb betragen Mio. EUR 1.413,0 (Vorjahr: Mio. EUR 1.962,5). Die Reduzierung resultiert im Wesentlichen aus der geringeren Nachfrage sowie gesunkenen Preisen gegenüber dem Vorjahr.

Ferner betreffen die Erlöse aus Handel und Vertrieb in Höhe von Mio. EUR 592,3 (Vorjahr: Mio. EUR 617,5) Erlöse aus der Weiterberechnung von bezogenen und selbst erzeugten Energien (Strom, Wasser, Gas, Luft, Dampf, Stickstoff etc.) am Standort Stade, sowie Erlöse aus Emissionsrechten. Die Reduktion resultiert im Wesentlichen aus den geringeren Abnahmemengen gegenüber dem Vorjahr.

### **Erlöse aus Lohnveredelung**

Aufgrund des STAR-Konzeptes produziert das Unternehmen an den Standorten Stade, Ahlen, Bomlitz und Bitterfeld Fertigprodukte im Auftrag der Dow Europe GmbH (DEG). Die dafür anfallenden Fertigungskosten werden mit einem Aufschlag an die DEG weiterbelastet. Die erzielten Erlöse aus Lohnveredelung sind daher sowohl von der Gesamtumsatzvolumenentwicklung als auch von der Gesamtkostenentwicklung der DDA abhängig. Die Erlöse aus Lohnveredelung sind auf Mio. EUR 664,9 (Vorjahr: Mio. EUR 1.077,8) gesunken. Die Reduzierung gegenüber dem Vorjahr um 38,3 % resultiert im Wesentlichen aus geringeren Anlagenauslastungen sowie erheblich geringerer Energiekosten aufgrund gesunkener Preise.

### **Erlöse aus Leistungen Industriepark**

Die Erlöse aus Leistungen Industriepark sind mit Mio. EUR 104,3 (Vorjahr: Mio. EUR 115,4) um 9,6 % gesunken. Dies spiegelt die marktbedingt geringeren Produktionsauslastungen der angesiedelten Fremdfirmen wider.

### **Verkaufsprovisionen**

Für den Direktvertrieb der DEG und anderer Schwestergesellschaften in Deutschland erhält die DDA produktabhängige Provisionen. Im Berichtsjahr liegen die Provisionen mit Mio. EUR 9,0 (Vorjahr: Mio. EUR 11,3) unter dem Vorjahresniveau.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** sind im Vergleich zum Vorjahr um Mio. EUR 26,0 auf Mio. EUR 70,5 gestiegen. Größter Effekt hierbei sind Beihilfen für indirekte CO<sub>2</sub>-Kosten für das Jahr 2022.

### **Materialaufwand**

Die einzelnen Komponenten des Materialaufwands haben sich wie folgt entwickelt:

	2023	Vorjahr	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Bezogene Waren	1.343,3	1.885,0	-541,7
Aufwendungen für bezogene Leistungen	453,3	501,8	-48,5
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Energien	973,9	1.331,9	-358,0
	<b>2.770,5</b>	<b>3.718,7</b>	<b>-948,2</b>

Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 25,5 % bzw. Mio. EUR 948,2 gesunken. Dies entspricht in etwa der prozentualen Veränderung bei den Umsatzerlösen (-26,5 %). Die Kosten für die von der DEG erworbenen Waren sind um Mio. EUR 541,7 gesunken. Der prozentuale Anteil der Kosten für bezogene Waren liegt im Verhältnis zu den Erlösen aus Handel und Vertrieb, bezogen auf den Vertrieb von DEG-Produkten, mit 95,1 % (Vorjahr: 96,1 %) auf dem Niveau des Vorjahrs.

Die um Mio. EUR 48,5 gesunkenen Aufwendungen für bezogene Leistungen resultieren aus gesunkenen Kosten für Instandhaltung (Mio. EUR 36,4), höhere Kosten für die Betriebsführung in Höhe von Mio. EUR 11,6 sowie geringeren Weiterbelastungen von verbundenen Unternehmen in Höhe von Mio. EUR 10,3.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Energien sind um 26,9 % gesunken und resultieren im Wesentlichen aus geringeren Energiekosten aufgrund gesunkener Energiepreise. Des Weiteren wirken sich hier die geringeren Auslastungen in der Produktion aus.

Die unter dem Materialaufwand ausgewiesenen sonstigen Leistungen beinhalten sowohl in Anspruch genommene Leistungen für die Erbringung der Auftragsfertigung für die Dow Europe GmbH als auch Aufwendungen für Leistungen, die im direkten Zusammenhang mit den Erlösen aus I-Park-Aktivitäten und sonstigen Umsatzerlösen stehen.

**Personalkosten** sind im Berichtsjahr für durchschnittlich neun aktive Mitarbeiter angefallen. Diese resultieren aus der Beschäftigung einer mehrköpfigen Geschäftsführung und weiteren Führungskräften, die zusammen das Leadership-Team der DDA bilden. Hierin enthalten sind gestiegenen Zuführungen zur Altersversorgung unter anderem für ehemalige Mitarbeiter (Mio. EUR +7,7) sowie Abfindungen (Mio. EUR +0,8).

Die **Abschreibungen** auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens liegen mit Mio. EUR 6,2 insbesondere durch Zugänge im Bereich der Software über dem Niveau des Vorjahres (Mio. EUR 5,5). Die Abschreibungen auf materielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind um Mio. EUR 0,4 auf Mio. EUR 67,7 gestiegen. Dies resultiert im Wesentlichen aus den Investitionen während des vergangenen Jahres.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind mit Mio. EUR 27,5 (Vorjahr: Mio. EUR 47,2) deutlich gesunken. Ein wesentlicher Grund hierfür sind die im Vorjahr vorgenommenen inflationsbedingten Anpassungen bei Rückstellungen für die Rekultivierung der Kavernen in Höhe von Mio. EUR 11,1. Darüber hinaus war im Vorjahr der einmalige Verlust aus der Verschmelzung der DPM in Höhe von Mio. EUR 6,3 enthalten.

Das **Finanzergebnis** beträgt Mio. EUR +2,8 (Vorjahr: Mio. EUR -7,6) und trägt damit positiv zum Jahresergebnis bei. Der positive Effekt resultiert fast ausschließlich aus den gestiegenen Zinserträgen für das Cash-Pool-Guthaben.

## Ergebnis

Die Handelsumsätze des Unternehmens sind in allen Produktsegmenten gesunken. Hauptsächliche Ursache hierfür waren geringe Nachfrage nach Produkten im Handel und Vertrieb, als auch geringfügige Preissenkungen. Auch im Bereich der Lohnveredlung sank der Umsatz aufgrund geringerer weiterberechneter Fertigungskosten, welche hauptsächlich aus einer geringeren Anlagenauslastung, gesunkener Energiekosten sowie geringerer Aufwendungen für Instandhaltung resultieren. Die Vergütung für die Lohnveredlung besteht aus der Weiterbelastung der aufgewendeten Kosten einschließlich eines Margenaufschlags. Der Zuschlag wird regelmäßig überprüft und bei Bedarf dem internationalen Markt angepasst.

Das Geschäftsjahr 2023 wurde mit einem Ergebnis vor Ergebnisabführung von Mio. EUR 50,2 (Vorjahr: Mio. EUR 82,3) abgeschlossen.

Aufgrund des auf den 1. Januar 2005 abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages wurde der Jahresüberschuss 2023 von Mio. EUR 50,2 als Verbindlichkeit gegenüber der Gesellschafterin DCG eingestellt.

### **2.3.2 Vermögenslage**

#### **Vermögen**

Die Bilanzsumme sank im Berichtsjahr auf Mio. EUR 1.384,1 (Vorjahr: Mio. EUR 1.483,5).

Die Abnahme der Bilanzsumme resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Forderungen gegen verbundene Unternehmen, hauptsächlich aus dem Bereich der Lohnveredelung aufgrund geringerer Umsätze gegenüber dem Vorjahr sowie gesunkenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen aufgrund der rückläufigen Umsätze der letzten Monate. Demgegenüber bestehen im Vergleich zum Vorjahr geringere Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter. Die Rückstellungen sind ebenfalls deutlich gesunken.

#### **Kapitalstruktur**

Aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags mit der DCG bleibt das Eigenkapital unverändert. Es beträgt Mio. EUR 579,0 und entspricht 41,8 % der Bilanzsumme (Vorjahr: 39,0 %).

#### **Investitionen**

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen an allen DDA-Standorten in Höhe von insgesamt Mo. EUR 85,3 durchgeführt.

Hauptinvestitionen wurden im Berichtsjahr in den Sachanlagen vorgenommen. Davon entfielen in Stade Mio. EUR 40,0 auf den Chlor Alkali Vinyl-Geschäftsbereich, Mio. EUR 13,9 in Isocyanite-Geschäftsbereich und im Propylenoxid/Propylenglycol-Geschäftsbereich wurden Mio. EUR 2,8 investiert. Im Geschäftsbereich für Bauchemikalien wurden Mio. EUR 3,1 investiert. In den Standort Ahlen wurden Investitionen von Mio. EUR 6,0 getätigt, in den Standort Böhlen Mio. EUR 4,2. Des Weiteren wurden Mio. EUR 13,4 in die Erschließung neuer Salzkavernen in Ohrensen investiert.

### **2.3.3 Finanzlage**

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist positiv und beträgt Mio. EUR 78,3 (Vorjahr: Mio. EUR 150,1).

Insgesamt sank der Finanzmittelfonds um Mio. EUR 106,8 auf Mio. EUR 410,5.

Der Jahresüberschuss des Vorjahres in Höhe von Mio. EUR 82,3 wurde im Berichtsjahr an den Gesellschafter abgeführt.

Aufgrund der Einbindung der DDA in den Cash Pool des Dow-Konzerns ist die Liquidität der Gesellschaft auch künftig gesichert.

#### **2.3.4 Umweltschutz und Sicherheit**

Auch im Jahr 2023 nahm der Angriffskrieg in der Ukraine und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Energiepreise und damit die wirtschaftliche Lage im Allgemeinen großen Einfluss auf die chemische Industrie. Trotz sinkender Energiepreise sind diese im internationalen Vergleich nach wie vor sehr hoch. Weiterhin mussten die Anlagen in niedrigen Fahrweisen betrieben werden, aber die Erfahrungen aus dem Jahr 2022 konnten genutzt werden, um Umweltbelastungen hieraus zu minimieren. Außerdem konnten durch ein hohes Engagement der Mitarbeiter und ein solides Managementsystem, das Unternehmen stark durch diese herausfordernde Zeit kommen. Sehr gute Ergebnisse im Bereich Arbeitsunfälle, Krankenstand und Anlagensicherheit zeigen dies deutlich.

Ferner wurde das Ziel der Reduzierung von Umweltbelastungen und das Einhalten umweltgesetzlicher Bestimmungen erreicht und der ordnungsgemäße Betrieb der Anlagen sowie die geordnete Abfallsorgung jederzeit sichergestellt. Projekte zur Reduzierung der Umweltbelastung wurden umgesetzt.

### **3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht**

#### **3.1 Risikobericht**

Da die TDCC ihre unternehmerische Tätigkeit weltweit auf der Basis von Geschäftsbereichen führt, ist für die weitergehende Wirtschaftlichkeits- und strategische Risikobetrachtung auch auf die entsprechende Einschätzung des Konzerns und der Geschäftsbereiche zu verweisen. Insbesondere ist hier auf die globale Risk-Management-Gruppe, die auf der Basis der globalen Risk-Management-Policy wirkt, hinzuweisen. Prämisse für das Risk-Management ist einerseits mit einem der Unternehmens- und Geschäftsbereichsgröße angepassten Aufwand sowohl den gesetzlichen als auch den unternehmensinternen Anforderungen zu genügen und andererseits zusammen mit dem Bereich Finance & Controlling das interne Kontrollsystem des Unternehmens zu stärken. Die Gesellschaft ist in den weltweiten Kontrollprozess von TDCC eingebunden.

Ausführliche Informationen zu den Kontrollsystmen der Gesellschaft sind dem gemeinsamen Jahresbericht 2023 der Dow Inc. und der The Dow Chemical Company, Midland, Michigan, USA (10K-Report), bei der United States Securities and Exchange Commission, Washington, D.C. 20549 unter der Registrierungsnummer 001-03433 (TDCC) bzw. 001-38646 (Dow Inc.), zu entnehmen. Dieser wurde mit Datum 31. Januar 2024 von Deloitte & Touche LLP, Midland, Michigan, USA, zertifiziert.

Die DDA hat an den großen Standorten Abteilungen eingerichtet, die im Wesentlichen mit einer standortsicheren, pragmatischen und kundenorientierten Umsetzung der globalen Umwelt-, Anlagen- und Arbeitssicherheitsprozesse (EH&S) für die vor Ort vertretenen Geschäfts-/Funktionsbereiche und deren Mitarbeiter befasst sind.

Darüber hinaus ist der konstruktive Dialog mit Mitarbeitern, Nachbarn, der lokalen Verwaltung und der Öffentlichkeit ein weiterer wichtiger Bestandteil des „Verantwortlichen Handelns“ in den Regionen mit dem Ziel, Offenheit und Transparenz in allen Aspekten von Sicherheit, Umwelt- und Gesundheitsschutz zu gewährleisten.

### **Konjunkturelle Risiken**

Die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung bleiben gedämpft. Die Nachfrage entwickelt sich weiterhin zurückhaltend. Trotz erster vorsichtiger positiver Signale ist aus Sicht des VCI im Jahr 2024 noch keine konjunkturelle Trendwende erkennbar, allerhöchstens ein leichter Anstieg. Die Lage auf den Energie- und Rohstoffmärkten bleibt angespannt. Die Energiekosten sind zwar zurückgegangen, sind aber im internationalen Vergleich immer noch sehr hoch und könnten u.a. durch steigende Industrieproduktionsraten auch wieder ansteigen. Der anhaltende Auftragsmangel in Verbindung mit den hohen Produktionskosten am Standort Deutschland belastet weiterhin die Geschäfte. Zudem bleiben auch private und staatliche Investitionen limitiert.

Mit einer klaren Produktpolitik und der Fokussierung auf vom Wirtschaftszyklus unabhängige oder durch die Transformation zu mehr Nachhaltigkeit begünstigte Anwendungen verfolgen wir das Ziel, auch zukünftig am Markt erfolgreich bestehen zu können.

### **Regulatorisches Umfeld**

Auf der Grundlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wurde stromintensiven Unternehmen in Deutschland eine Teilbefreiung von der EEG-Umlage gewährt. Diese Besondere Ausgleichsregelung umfasst ebenfalls die KWK- sowie die Offshore-Umlage. Die EEG-Umlage wurde ab dem Juli 2022 auf null abgesenkt und mit dem in Kraft tretenden Energiefinanzierungsgesetz zum 1. Januar 2023 wurde die EEG-Umlage vollständig abgeschafft. Die Besondere Ausgleichsregelung, welche nun ausschließlich die KWKG- und Offshore-Netzumlage umfasst, wurde in das Energiefinanzierungsgesetz überführt. Ein Antrag auf Entlastung für das Begrenzungsjahr 2024 wurde gemäß der neuen gesetzlichen Grundlage im Jahr 2023 gestellt und durch die zuständige Behörde, das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), gewährt.

Am 8. April 2018 ist die geänderte europäische Emissionshandelsrichtlinie in Kraft getreten, die die Rahmenbedingungen für die Fortführung des EU-Emissionshandels in der 4. Handelsperiode (2021 bis 2030) festlegt. Wesentliches Ziel der Richtlinie ist es, die Gesamtmenge an Zertifikaten drastisch zu senken. Demgemäß wurde neben der Verschärfung des jährlichen Reduktionsfaktors eine sog. Marktstabilitätsreserve und das Backloading von Zertifikaten eingeführt. Gleichwohl sind für die chemische Industrie – wenn auch unter strenger Bedingungen – kostenlose Zuteilungen von Zertifikaten, sowie wirksamer Carbon Leakage-Schutz erneut gesetzlich verankert worden.

Deutschland will bis 2045 klimaneutral werden, bis 2030 sollen knapp zwei Drittel (mindestens 65 %) aller Emissionen eingespart sein. Dafür hat Deutschland am 4. Oktober 2023 das Klimaschutzprogramm 2023 im Kabinett beschlossen. Das neue Klimaschutzprogramm bündelt die Anstrengungen der Koalition zur Erreichung der nationalen und europäischen Klimaschutzziele. Um die Klimaziele im Industriesektor zu erreichen, ist eine grundlegende Transformation von industriellen Produktionsprozessen notwendig. Diese Transformation muss nach Auffassung des zuständigen Bundeswirtschaftsministeriums „auf Lösungen der Dekarbonisierung, Elektrifizierung, Sektorenkopplung und Kreislaufwirtschaft aufbauen. Die Umstellung industrieller Produktionsprozesse insbesondere durch Elektrifizierung und Nutzung von grünem Wasserstoff ist dabei der zentrale Ansatzpunkt.“ Bis 2030 will Deutschland den Treibhausgasausstoß um mindestens 65 % verringern. Dafür hat die Bundesregierung in einem Klimaschutzgesetz ihr nationales Klimaschutzziel verbindlich festgeschrieben, welches am 31. August 2021 in Kraft getreten ist und das bisher definierte Ziel von 55 % (Klimaschutzgesetz vom 18. Dezember 2019) ersetzt hat. Die Bundesregierung hat weitere verschärzte Maßnahmen festgelegt. Bis 2040 sollen die Treibhausgasemissionen um mindestens 88 %, bis 2045 Treibhausneutralität und nach 2050 sollen negative Treibhausgasemissionen erreicht werden. Mit der im Bundesrat am 17. Mai 2024 beschlossenen Änderung des Klimaschutzgesetzes 2021 wird die Emissionsminderung pro Sektor (also etwa der Industrie) zukünftig auf eine mehrjährige Gesamtbetrachtung umgestellt, die alle Sektoren umfasst, damit der Treibhausgasausstoß dort gemindert werden kann, wo die größten Einsparpotentiale vorhanden sind. Diese gesetzliche Regelung dürfte neben der neuen, sehr viel größeren Flexibilität für die einzelnen Sektoren auch zu Entlastungen des Industriesektors beitragen können.

Die chemische Industrie hat sich mit der im Oktober 2019 veröffentlichten „Roadmap Chemie 2050 – Auf dem Weg zu einer treibhausgasneutralen chemischen Industrie in Deutschland“ zur Senkung ihres eigenen Treibhausgasausstoßes bekannt und will mit innovativen Produkten dazu beitragen, dass auch in anderen Bereichen Emissionen eingespart werden können (überarbeitet durch den Chemistry4Climate Abschlussbericht „Wie die Transformation der Chemie gelingen kann“ April 2023). Beide Berichte werden als politische Festlegung der Branche verstanden und bilden die Grundlage auch für zukünftige politische, regulatorische und finanzielle Rahmenbedingungen (einschließlich Fördermittel).

Im Zuge des „EU Green Deals“ wurde das EU-Minderungsziel auf 55 % angehoben. Die Einführung eines Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) zum Schutz vor Carbon Leakage, das heißt der Verlagerung von industrieller Produktion, Investitionen und damit verbundenen Emissionen ins Ausland, ist beschlossen worden. Aus dem Ausland in die EU eingeführte energieintensive Grundstoffe und Produkte sollen dadurch mit demselben CO<sub>2</sub>-Preis belegt werden, wie in der EU. Im Gegenzug sollen die bisherigen Maßnahmen zum Carbon-Leakage-Schutz, insbesondere die kostenlose Zuteilung, für diese Produkte schrittweise zurückgeführt und beendet werden. Bereits ab Oktober 2023 müssen Importeure von CBAM-Produkten über die in den eingeführten Produkten eingebetteten Emissionen berichten. Ab 2026 müssen für die berichteten Emissionen auch Zertifikate zum Preis von EU-Berechtigungen erworben und abgegeben werden. Ob und welche chemischen Produkte davon erfasst sein werden, ist bisher noch in der Diskussion (neben Ammoniak und Salpetersäure sind auch eine große Zahl organischer Chemieprodukte und Kunststoffe in der Diskussion).

Die Mehrbelastung des EU ETS über höhere Strompreise verursachen Zusatzkosten, die zu einem guten Teil über die Strompreiskompensation aufgefangen werden, welche gezielt Unternehmen im internationalen Wettbewerb hilft, die emissionshandelsbedingt steigenden Strompreise auszugleichen und damit eine wichtige Hilfe für Dow darstellt. Da es sich hierbei um eine staatliche Beihilfe handelt, hat die EU-Kommission im Rahmen der turnusmäßigen Überprüfung die Berechtigung über eine stark verkürzte Liste der berechtigten Anlagen eingeschränkt. Es bleiben jedoch ca. 96 % des Gesamtnutzens erhalten, da die Chlorproduktion (NACE Code 20.13) als größter Stromverbraucher innerhalb der Dow nicht betroffen ist. Eine Kürzung aufgrund des neu zugrunde gelegten Benchmarks konnte mit Hinweis auf die entsprechende (vorteilhaftere) Handhabung in EU-Nachbarstaaten mittlerweile wieder korrigiert werden.

Von deutscher Seite wird der Emissionshandel durch das am 20. Dezember 2019 in Kraft getretene Brennstoffemissionshandelsgesetz sowie die Brennstoffemissionshandelsverordnung (BEHV) und die Verordnung über die Emissionsberichterstattung nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz für die Jahre 2021 und 2022 flankiert. Dadurch werden die Bereiche außerhalb des Europäischen Emissionshandels, also die Sektoren, Verkehr, Gebäude, Kleinindustrie, Landwirtschaft und Abfall adressiert. Die Reduzierung der Treibhausgasemissionen in diesem sogenannten Non-ETS-Bereich liegt in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten. Deutschland hat sich im Rahmen der EU-Klimaschutzverordnung verpflichtet, seine Emissionen im Non-ETS-Bereich bis 2030 um 38 % gegenüber 2005 zu mindern.

Im Rahmen der Reform des europäischen Emissionshandels als Teil des sogenannten „Fit-for-55-Pakets“ ist die Schaffung eines neuen europäischen Emissionshandels für Gebäude, Straßenverkehr und zusätzliche Sektoren (EU-ETS 2) vorgesehen, in den die nationalen Regelungen dann überführt werden.

Daneben wurde der vorgezogene schrittweise Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038 gesetzlich fixiert. Zusammen mit einem Strukturstärkungsgesetz sollen neue Perspektiven für die besonders betroffenen Kohleregionen, beispielsweise in Mitteldeutschland, geschaffen werden. Neben der Gefahr steigender Strompreise für die energieintensive Industrie und abnehmender Versorgungssicherheit (durch den absehbaren und ersatzlosen Wegfall der Grundlastkraftwerke), kann der Strukturwandel auch Chancen für den Industriestandort Deutschland bieten (durch Förderung innovativer Zukunftsprojekte in den betroffenen Regionen).

Die Diskussion, ob die übergangsweise Festlegung eines fixen Industriestrompreises Kostensteigerungen der energieintensiven Industrie im Gesamtkontext der Energiewende (mit steigendem Bedarf an Erneuerbaren Energien) abmildern könnte, wurde Ende 2023 ergebnislos beendet. Das sog. Stropmpaket, das Ende März im Rahmen des Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024 verabschiedet worden ist (und beispielsweise eine Absenkung der Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß temporär vorsieht), hat keine nennenswerten Auswirkungen für Dow.

## **Finanzielle Risiken**

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen Dritte sowie gegen verbundene Unternehmen werden regelmäßig überwacht.

Die Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDA ist durch die Einbeziehung in den Dow-Cash Pool zu jeder Zeit gewährleistet. Die Wahrung der Funktion erfüllt seit Januar 2014 die Dow International Finance S.à.r.l. (DIFS), Luxembourg, Zweigniederlassung Horgen, Schweiz. Die DIFS fungiert als Bank-Institut des Dow-Konzerns. Zum Bilanzstichtag bestehen Forderungen gegen die DIFS in Höhe von Mio. EUR 410,5 (Vorjahr: Mio. EUR 517,0). Die Einbindung der DDA in den konzerninternen Cash Pool liegt im Interesse der Gesellschaft und im Konzerninteresse. Die Veränderung ist dem operativen Geschäft geschuldet.

Die DDA finanziert sich im Wesentlichen konzernintern über die DIFS. Sie ist somit nur mittelbar über die Bonität der DIFS bzw. des Dow-Konzerns einem Finanzierungsrisiko im Zusammenhang mit Prolongationsrisiken für Kredite sowie dem Finanzierungskostenrisiko aufgrund einer Bonitätsverschlechterung ausgesetzt.

Die schwankenden Wechselkursrelationen EUR/USD haben einen begrenzten Einfluss auf das Ergebnis. Währungsgeschäfte werden durch entsprechende Finanzierungsinstrumente mit der Dow Financial Services Inc., Swiss Branch, monatlich abgesichert.

## **Operative Risiken**

Die Gesellschaft ist aufgrund der Auftragsfertigung für die DEG den Risiken aus Schwankungen der Rohstoff- und Endproduktpreise nicht unmittelbar ausgesetzt. Somit sind die Marktgegebenheiten auf der Rohstoff- bzw. der Absatzseite nicht maßgeblich für die DDA. Im Rahmen der Auftragsfertigung ist die Gesellschaft jedoch indirekt von den wirtschaftlichen Verhältnissen der DEG abhängig. Sollten hier Verschlechterungen durch Marktschwankungen bei den Rohstoff- und Endproduktpreisen eintreten, könnte das gegebenenfalls auch Auswirkungen auf die Lage der Gesellschaft aufgrund der vereinbarten Vertragsbeziehungen mit der DEG haben, d.h. es könnten sich beispielsweise negative Auswirkungen auf die Kapazitätsauslastung und auf der Absatzseite durch geringeres Volumen ergeben, wobei durch die Vertriebstätigkeit der DDA immer eine gleichbleibender Prozentsatz an Provision garantiert ist. Die Beeinträchtigung der Geschäftsentwicklung durch Marktgegebenheiten ist zurzeit massiv zu spüren, was die stark gesunkenen Anlagenauslastungen insbesondere zum Jahresende deutlich zeigen. Auch die Prognosen für 2024 sind weiterhin auf niedrigem Niveau.

Für die erfolgreiche Entwicklung der DDA ist es ausschlaggebend, dass die Produktion weiterhin auf Basis des aktuellen technologischen Know-hows und somit auf einem maximal wettbewerbsfähigen Niveau erfolgt. Die Produktionsanlagen der Gesellschaft befinden sich auf dem aktuellen Stand der Technik und unterliegen einer ständigen Wartung und Zertifizierung. Weiterhin sind die Anlagen gegen Umweltrisiken, Betriebsunterbrechungen und technische Defekte versichert. Risiken in diesem Zusammenhang würden sich daher nur aus einer unerwarteten Veränderung von Produktions- und Verfahrenstechniken ergeben. Diese technischen Risiken werden durch die ständige Überwachung und Verbesserung der Produktionsverfahren und Anlagen, sowie durch Nutzung von entsprechenden Erfahrungen und Ergebnissen innerhalb des Konzernverbundes minimiert. Die Eintrittswahrscheinlichkeit und potenzielle Auswirkung werden als gering eingeschätzt.

Unwägbarkeiten ergeben sich für das Unternehmen weiterhin resultierend aus der individuellen Wirtschaftlichkeit seiner am Standort vertretenen Geschäftsbereiche sowie Vertragspartner und den sich hieraus abgeleiteten Konsequenzen für die Infrastruktur, sowie Kapazitätsauslastung, bzw. den Fortbestand der Produktion an den Standorten Stade, Ahlen, Bomlitz und Bitterfeld.

Es liegen keine erkennbaren Risiken vor, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden würden. Bestandsgefährdende Risiken oder nennenswerte Ausfallrisiken, die nicht im Jahresabschluss berücksichtigt sind, sieht die Geschäftsführung daher nicht.

### **3.2 Prognose- und Chancenbericht**

Laut VCI ließen die ersten Monate des Jahres ein paar Lichtblicke im Chemie- und Pharmageschäft erkennen. Die Produktion nahm – ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau – verhalten zu und sollte sich im weiteren Jahresverlauf leicht verbessern. Es gibt bisher aber keine Anzeichen für eine strukturelle Verbesserung und damit einem signifikanten Nachfrageaufschwung im Jahr 2024. Die Energiepreise haben zwar nachgegeben, sind aber im internationalen Vergleich immer noch sehr hoch. Auch die Prognose für die deutsche Wirtschaftsentwicklung insgesamt bleibt bei etwa 0,3% stagnierend. Die deutsche Industriekonjunktur hat noch keine Fahrt aufgenommen. Die Nachfrage insbesondere im Inland und damit auch die Auftragslage ist weiterhin eher schwach. Daher bleibt die Stimmung in der chemischen Industrie verhalten. Im zweiten Halbjahr 2024 könnte sich die Nachfrage durch potentielle Zinssenkungen, steigende Reallöhne und eine anziehende Weltwirtschaft stabilisieren, signifikante Erholung wird aber wohl erst im Jahr 2025 erfolgen, wie es auch die Prognosen für das Brutto-Inlands-Produkt darstellen. Laut VCI bleibt für die Chemie das Vorkrisenniveau in weiter Ferne.

Eine genaue Prognose ist angesichts unsicherer Rahmenbedingungen weiterhin schwierig. Der Chemieverband rechnet für das Jahr 2024 mit einer durchschnittlichen Industrieproduktion in Deutschland von +/- 0%, wobei das zweite Halbjahr des Jahres durch abnehmenden Auftragsmangel als stärker eingeschätzt wird. Im Vergleich zu früheren Aufschwungphasen wird es allerdings als wenig dynamisch eingeschätzt. Für die Chemie- und Pharma-industrie rechnet der VCI ferner mit einem sinkenden Gesamtumsatz von 3,5 % im Vergleich zu 2023.

### **Produktion**

Die DDA ist ein im Auftrag produzierendes Unternehmen und agiert des Weiteren als Vertriebsgesellschaft in Deutschland für ein Schwesterunternehmen.

Vor diesem Hintergrund sowie der global definierten nachhaltigen Produktion sind die Ziele der Gesellschaft für die nächste Zeit festgelegt.

Priorisiert sind u.a. Volumenwachstum, wie auch Produktspezialisierungen durch Kapitalinvestitionen in Bereichen, in denen die Kapazitäten ausgeschöpft und Wachstumschancen gegeben sind, nachhaltige Produktionsverfahren, Kostenreduzierung und Effizienzsteigerung erreicht werden können.

Auch im Jahr 2024 soll die Arbeit zur Reduzierung von Umweltbelastungen fortgesetzt werden, insbesondere im Hinblick auf die Einhaltung von umweltgesetzlichen und behördlichen Bestimmungen.

## **Erzeugerpreise**

Die Erzeugerpreise der chemisch-pharmazeutischen Industrie lagen in 2023 um 0,4 % unter dem Niveau des Vorjahres. Für 2024 erwartet der VCI in der ersten Analyse eine durchschnittliche Reduzierung der Erzeugerpreise als Folge der sich weiter entspannenden Situation auf dem Energiemarkt von 3,5 %. Diese Einschätzung ist jedoch mit Unsicherheiten behaftet, da die Preisentwicklung, insbesondere bei Gas und Strom weiterhin sehr dynamisch ist.

## **Ausblick für das Geschäftsjahr 2024**

Auch wenn es erste Anzeichen einer Erholung gibt, wird das Geschäftsjahr 2024 weiterhin durch geopolitische Konflikte, hohe Kosten im internationalen Vergleich und zurückhaltende Nachfrage und damit nur durch eine leichte, aber keine signifikante Erholung geprägt sein. Diese beschriebenen Unsicherheiten und das damit einhergehende volatile Geschäftsumfeld machen einen wirtschaftlichen Ausblick schwierig. Das Leitungsteam betrachtet die Situation sehr aufmerksam und agiert gemeinsam mit den Dow Geschäftsbereichen auch kurzfristig auf Marktindikatoren.

Wichtige Projekte schreiten dennoch voran. So konnte zu Jahresbeginn die finale Investitionsentscheidung für das landbasierte LNG-Terminal durch das Hanseatic Energy Hub (HEH) Konsortium erfolgen, an dem die DDA eine finanzielle Minderheitsbeteiligung hält. Zudem befindet sich ein neues Gebäude für die Werksfeuerwehr in Stade im Bau. Im Bereich der MDI-Anlage steht eine umfangreiche Modernisierung/Wartung an, die einen mehrmonatigen Stillstand der Produktionsanlage zur Folge hat.

Die auf dem Werksgelände Stade ansässige Firma Trinseo gab im März 2024 bekannt, dass sie für die Einstellung der Polykarbonatproduktion in Stade bei ihrem Aufsichts- und Betriebsrat die Genehmigung einholt. Die Schließung der Trinseo-Produktion würde eine Auswirkung auf die Produktionskostenverteilung des Werkes Stade haben. Die Evaluation und Anwerbung neuer, potenzieller Ansiedler im Werk Stade werden weiter aktiv vorangetrieben. Es werden Gespräche mit potenziellen neuen Ansiedlern geführt.

Im Werk Ahlen wurde aufgrund des prognostizierten Wachstums im Bereich E-Mobilität in Polyurethanlösungen für Batterieanwendungen investiert. Die Auslastung dieser neuen Kapazität wird voraussichtlich schrittweise erfolgen.

Das Werk Bomlitz sollte aufgrund von Exporten an einer sich verbessernden Weltwirtschaft partizipieren und daher die Auslastung leicht verbessern, wenn auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit aufgrund höherer Kosten in Deutschland hier dämpfend wirken kann.

Die Vergütung für die Lohnveredlung besteht aus der Weiterbelastung der aufgewendeten Kosten einschließlich eines Margenaufschlags. Der Aufschlag wird regelmäßig überprüft und bei Bedarf dem internationalen Markt angepasst. Trotz dieses recht unsicheren Umfeldes verliert die DDA ihre Nachhaltigkeitsziele nicht aus dem Auge und verfolgt diese weiterhin, was auch für die Wettbewerbsfähigkeit wichtig ist.

Für das Jahr 2024 erwarten wir aufgrund des weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Umfelds eine verhaltene bis leicht ansteigende Nachfrage und ein niedriges Preisniveau. Des Weiteren wird die Anlagenauslastung aufgrund einiger geplanter Instandhaltungsmaßnahmen auf gleichem Niveau wie 2023 liegen. Die Umsatzerlöse werden leicht unter dem Niveau von 2023 erwartet und das gleiche gilt voraussichtlich für das operative Ergebnis. Das Finanzergebnis wird auf ähnlichem Niveau wie 2023 liegen. Insgesamt erwarten wir somit ein Gesamtergebnis, dass leicht unter dem von 2023 ausfallen wird.

Stade, den 28. Juni 2024

Geschäftsführer

gez. Julia Susanne Schlenz

gez. Jana Kramer

gez. Dr. Neldes Hovestad

gez. Claudio Ciuchini

gez. Dieter Schnepel

gez. Jan Fredrik Niclas Anderson

Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH, Stade

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktiva

	31.12.2023 EUR	Vorjahr TEUR
<b>A. Anlagevermögen</b>		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	15.081.371,72	15.205
2. Geschäfts- oder Firmenwert	21.549.244,88	24.488
3. Geleistete Anzahlungen	<u>7.476.717,77</u>	4.366
	<u>44.107.334,37</u>	<u>44.059</u>
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	125.692.322,58	122.444
2. Technische Anlagen und Maschinen	360.896.583,56	373.294
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.950.734,56	7.830
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>80.602.245,05</u>	60.722
	<u>575.141.885,75</u>	<u>564.290</u>
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.000,00	1
2. Beteiligungen	<u>132.307,40</u>	77
	<u>133.307,40</u>	<u>78</u>
	<u>619.382.527,52</u>	<u>608.427</u>
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	64.347.390,06	56.620
2. Unfertige Erzeugnisse	75.395,66	112
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	<u>2.611.125,27</u>	2.327
	<u>67.033.910,99</u>	<u>59.059</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	198.100.645,49	223.292
2. Forderungen gegen Gesellschafter	7.341.981,19	3.343
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	451.235.696,72	544.853
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>32.895.455,20</u>	39.879
	<u>689.573.778,60</u>	<u>811.367</u>
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	0,00	341
	<u>756.607.689,59</u>	<u>870.767</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>8.132.072,12</u>	4.337
	<u>1.384.122.289,23</u>	<u>1.483.531</u>

Passiva

	31.12.2023 EUR	Vorjahr TEUR
<b>A. Eigenkapital</b>		
I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100
II. Kapitalrücklage	573.614.675,72	573.615
III. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	5.284.168,69	5.284
IV. Jahresüberschuss	0,00	0
	<u>578.998.844,41</u>	<u>578.999</u>
B. Sonderposten für Investitionszulagen und Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	<u>987.531,86</u>	<u>1.192</u>
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	180.638.122,62	174.208
2. Sonstige Rückstellungen	96.467.850,08	124.533
	<u>277.105.972,70</u>	<u>298.741</u>
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	80.661.418,82	81.561
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	53.688.809,89	85.038
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	127.756.308,98	172.435
4. Sonstige Verbindlichkeiten		
davon aus Steuern: EUR 148.797,27 (Vorjahr: TEUR 115)		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 71.290,28 (Vorjahr: TEUR 72)		
	<u>522.949.950,42</u>	<u>600.043</u>
E. Rechnungsabgrenzungsposten	4.079.989,84	4.556
	<u>1.384.122.289,23</u>	<u>1.483.531</u>

**Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH, Stade**

**Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023**

	2023 EUR	Vorjahr TEUR
1. Umsatzerlöse	2.865.151.491,58	3.892.497
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	247.552,87	1.525
3. Sonstige betriebliche Erträge	<u>70.536.552,71</u>	<u>44.510</u>
	<u>2.935.935.597,16</u>	<u>3.938.532</u>
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.618.628.764,30	2.495.255
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.151.873.492,94</u>	<u>1.223.453</u>
	<u>2.770.502.257,24</u>	<u>3.718.708</u>
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	4.127.419,77	3.813
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 12.812.807,26 (Vorjahr: TEUR 5.066)	13.046.244,01	5.329
	<u>17.173.663,78</u>	<u>9.142</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	73.879.505,45	72.839
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen davon Aufwendungen nach Artikel 67 Abs. 1 und 2 EGHGB: EUR 1.501.305,00 (Vorjahr: TEUR 1.501)	27.500.505,36	47.169
	<u>46.879.665,33</u>	<u>90.674</u>
8. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	6.575,00	7
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 12.924.960,36 (Vorjahr: TEUR 1.433)	12.925.287,36	1.434
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: EUR 324.319,17 (Vorjahr: TEUR 693)	10.131.695,33	9.046
	<u>2.800.167,03</u>	<u>-7.605</u>
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.207,63	62
12. Ergebnis nach Steuern	49.677.624,73	83.007
13. Sonstige Steuern	-565.096,97	722
14. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne (-)	<u>-50.242.721,70</u>	<u>-82.285</u>
15. Jahresüberschuss	<u>0,00</u>	<u>0</u>

## **Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH, Stade (DDA)**

### **Anhang für das Geschäftsjahr 2023**

#### **1 Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss 2023**

##### **1.1 Vorbemerkung**

Die Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH hat ihren Sitz in Stade und ist eingetragen in das Handelsregister des Amtsgerichts Tostedt mit der Nummer HRB 200098.

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 Abs. 3 HGB. Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 wurden auf der Grundlage des Handelsgesetzbuches in aktueller Fassung und des GmbH-Gesetzes erstellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Als gesonderter Posten wird in der Bilanz ein Sonderposten für Investitionszulagen und Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen ausgewiesen.

Die Gliederung von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den §§ 266 und 275 HGB.

##### **1.2 Besonderheiten im Berichtsjahr**

Im Geschäftsjahr 2023 wurden insgesamt 55.786 Geschäftsanteile der Hanseatic Energy Hub GmbH, Hamburg (HEH), zum Nennwert von je EUR 1 übernommen. Insgesamt besitzt die DDA 75.674 Anteile, was einen Anteil von 10 % am Stammkapital der HEH entspricht. Die Eintragung der jeweiligen Kapitalerhöhungen in das Handelsregister ist erfolgt.

##### **1.3 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

#### **Aktiva**

##### **Anlagevermögen**

Immaterielle Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Wartegelder für Salzabbaurechte werden in Höhe der geleisteten Zahlungen angesetzt. Die planmäßige Abschreibung beginnt mit der Niederbringung von Produktionsbohrungen. Aktivierte Geschäfts- und Firmenwerte werden über eine Laufzeit von 15 Jahren abgeschrieben.

Die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten und, soweit abnutzbar, grundsätzlich vermindert um planmäßige Abschreibungen und in Einzelfällen um außerplanmäßige Abschreibungen bewertet. In die Herstellungskosten der selbst erstellten Anlagen werden Material- und Fertigungseinzelkosten zuzüglich angemessener Gemeinkostenanteile gemäß § 255 Abs. 2 Satz 2 HGB einbezogen. In die Herstellkosten wurden entsprechend dem Wahlrecht gemäß § 255 Abs. 3 Satz 2 HGB Zinsen für Fremdkapital einbezogen. Bei Anlagegegenständen, die vor 1984 angeschafft oder hergestellt wurden, sind erhaltene Investitionszuschüsse von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten abgesetzt worden. Danach erhaltene Zuschüsse sowie Investitionszulagen werden in einen „Sonderposten für Investitionszulagen und Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen“ gemäß § 265 HGB eingestellt.

Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer in Anlehnung an die steuerlichen AfA-Tabellen bemessen; diese beträgt bei immateriellen Anlagegütern 3 bis 20 Jahre, bei Gebäuden und anderen Bauten 10 bis 40 Jahre, bei technischen Anlagen und Maschinen 10 bis 20 Jahre und bei anderen Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung 5 bis 25 Jahre.

Gebäude und andere Baulichkeiten sowie bewegliche Anlagegegenstände werden im Rahmen der steuerlichen Möglichkeiten degressiv abgeschrieben. Bei degressiv abgeschriebenen Anlagegegenständen wird planmäßig auf die lineare Abschreibung übergegangen, sobald der nach der verbleibenden Restnutzungsdauer sich ergebende lineare Abschreibungsbetrag die degressive Abschreibung übersteigt.

Anlagegegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten EUR 250,00 übersteigen und unter EUR 1.000,00 liegen, werden über fünf Jahre abgeschrieben. Geringwertige Anlagegüter sowie Software unter EUR 250,00 Anschaffungskosten werden grundsätzlich im Jahr des Zugangs sofort in voller Höhe abgeschrieben.

Die Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten oder zum Zeitwert eingelegter Vermögensgegenstände bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert zum Abschlussstichtag bewertet.

### **Umlaufvermögen**

Die Vorräte sind zu durchschnittlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert, sofern nicht der am Bilanzstichtag beizulegende niedrigere Wert anzusetzen ist.

Bei den Herstellungskosten werden neben den direkt zurechenbaren Kosten für Rohstoffe, Fertigungseinzelkosten und Sondereinzelkosten der Fertigung auch in angemessenem Umfang Gemeinkosten einschließlich Energiekosten sowie die verrechneten Abschreibungen ausgewiesen.

Im Posten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe der Bilanz führt das Unternehmen im Wesentlichen Ersatzteile und Kleinmaterialien, die zu Anschaffungspreisen bilanziert sind. Bei Ersatzteilbeständen werden Wertminderungen wegen eingeschränkter technischer Verwertbarkeit berücksichtigt.

Zum 31. Dezember 2023 hat die Gesellschaft ausschließlich unentgeltlich erworbene Emissionsberechtigungen für CO<sub>2</sub>-Emissionen in ihrem Bestand. Diese werden mit einem Wert von EUR 0,00 angesetzt (Marktwert zum Bilanzstichtag: Mio. EUR 15,3) und ausschließlich für die Eigenemission benötigt. Der Verpflichtung zur Abgabe von Emissionsberechtigungen ist nach § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB durch die Dotierung einer Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten für die bis zum Abschlussstichtag verursachten Emissionen in Höhe von Mio. EUR 12,3 Rechnung getragen worden.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nominalwert bilanziert.

Die Gesellschaft hat gemäß dem Wahlrecht nach § 250 Abs. 3 HGB Disagien aktiviert.

Die Auflösung der im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten abgegrenzten Beträge erfolgt zeitanteilig nach der wirtschaftlichen Inanspruchnahme.

## **Passiva**

Das Eigenkapital wird zum Nennwert ausgewiesen.

Zahlungen für Investitionszulagen und Investitionszuschüsse werden nach der Bruttomethode gemäß § 265 HGB i.V.m. HFA 1/1984 in einem Sonderposten bilanziert. Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt konform mit den Abschreibungen des geförderten Anlagevermögens. In 2023 wurde eine Auflösung in Höhe von TEUR 204 vorgenommen.

Die ausgewiesenen Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betreffen neben Versorgungsansprüchen ehemaliger Mitarbeiter auch Versorgungsansprüche aktiver Mitarbeiter der DDA.

Die Pensionsverpflichtungen wurden nach dem Projected-Unit-Credit-Verfahren unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze mit einem Zinsfuß von 1,82 % (Vj.: 1,78 %) p.a. auf Basis der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermittelt. Dabei sind Gehaltssteigerungen mit 3,50 % p.a., die jährlichen Steigerungen der Beitragsbemessungsgrenze mit 3,00 % sowie die jährliche Anpassung der laufenden Renten mit 2,25 % entsprechend berücksichtigt.

Die Pensionsverpflichtungen und Verpflichtungen zur betrieblichen Altersvorsorge wurden gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten Marktzinssatz der letzten zehn Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Bis 2015 erfolgte die Abzinsung mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten Marktzinssatz der letzten sieben Jahre. Dieser hätte für das Geschäftsjahr 1,74 % p.a. betragen. Aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von Mio. EUR 1,9.

Aufgrund der Anwendung des Wahlrechts nach Artikel 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wurden im Geschäftsjahr Mio. EUR 1,5 (1/15 des zum 1. Januar 2010 ermittelten Unterschiedsbetrages) zu den Pensionsrückstellungen zugeführt. Aufgrund der ratierlichen Zuführung des Unterschiedsbetrags aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen über 15 Jahre nach Artikel 67 Abs. 1 EGHGB sind zum 31. Dezember 2023 Pensionsverpflichtungen von Mio. EUR 1,3 (Vj.: Mio. EUR 2,8) nicht in der Bilanz enthalten.

Soweit für die Pensionsverpflichtungen Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungsverträgen existieren, welche an die Pensionäre verpfändet sind, werden die Verpflichtungen und der Aktivwert der Rückdeckungsversicherungen nach § 246 Abs. 2 HGB verrechnet. Eine entsprechende Bilanzierung erfolgt für Ansprüche aus Direktversicherungen aus einem Gruppenversicherungsvertrag.

In diesem Zusammenhang erfolgt seit dem Geschäftsjahr 2022 für leistungskongruent rückgedeckte Pensionszusagen, die unter den Anwendungsbereich des IDW-Rechnungslegungshinweises „Handelsrechtliche Bewertung von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen aus rückgedeckten Direktzusagen (IDW RH FAB 1.021)“ fallen, eine kongruente Bewertung. Hierbei wurde der Ergebnisbericht des Fachausschusses Altersversorgung beim Institut der Versicherungsmathematischen Sachverständigen für Altersversorgung e.V. „Aktuarielle Umsetzung des IDW Rechnungslegungshinweises IDW RH FAB 1.021 zur handelsrechtlichen Bewertung von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen aus rückgedeckten Direktzusagen“ vom 26. April 2022 berücksichtigt. Das Grundprinzip einer solchen Bewertung ist, dass leistungskongruente Teile der Pensionsverpflichtung und des Rückdeckungsversicherungsanspruchs in gleicher Höhe bewertet werden. Dabei wurde als Methode der Ansatz des Rückdeckungsversicherungsanspruchs in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags der korrespondierenden Pensionsrückstellung (sog. „Primat der Passivseite“) gewählt. Hierbei kam das Deckungskapitalverfahren zur Anwendung. Beim Deckungskapitalverfahren wird die Verpflichtung aus der Pensionszusage auf Basis der Rechnungsgrundlagen der Rückdeckungsversicherung in einen fiktiven Aktivwert für die Pensionszusage umbewertet.

Der unter Anwendung des IDW RH FAB 1.021 ermittelte Buchwert des Rückdeckungsversicherungsanspruchs und der Ansprüche aus Direktversicherungen aus einem Gruppenversicherungsvertrag beträgt Mio. EUR 9,2 (Vorjahr: Mio. EUR 9,2), der Erfüllungsbetrag der verrechneten Schulden beträgt Mio. EUR 114 (Vorjahr: Mio. EUR 110).

Die Erträge aus der Umbewertung der Aktivwerte nach IDW RH FAB 1.021 von Mio. EUR 0,5 wurden mit Personalaufwendungen aus der Bildung der Rückstellungen verrechnet.

Die Steuerrückstellungen sowie sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages wurde, soweit notwendig und zutreffend, eine Bandbreite von Kostensteigerungen von 2,0 % bis 6,1 % berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind. Für die Abzinsung der Rückstellung betragen die Zinssätze für 2023 je nach Restlaufzeit 0,91 % bis 1,91 %.

Die Verbindlichkeiten sind zu ihren Erfüllungsbeträgen bilanziert.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten wurde für vertragliche Vorauszahlungen sowie einen privaten Zu- schuss gebildet und wird über die Laufzeit des Vertrages bzw. über den Zeitraum der geplanten Nutzung des bezuschussten Vermögensgegenstandes anteilig ertragswirksam vereinnahmt.

#### **1.4 Währungsumrechnung**

Forderungen und Verbindlichkeiten in fremder Währung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Konzernumrechnungskurs des Bilanzstichtages, der nur unwesentlich von dem Devisenkassamittelkurs abweicht, bewertet.

Alle übrigen Forderungen und Verbindlichkeiten in fremder Währung werden zum jeweils geltenden Konzernumrechnungskurs des Entstehungszeitpunktes oder mit dem niedrigeren Devisenkassamittelkurs (Forderungen) bzw. dem höheren Devisenkassamittelkurs (Verbindlichkeiten) am Bilanzstichtag bewertet.

#### **1.5 Derivative Finanzinstrumente**

Zur Absicherung von Risiken aus der operativen Geschäftstätigkeit wurden im Geschäftsjahr Derivate zur Absicherung von Währungsrisiken eingesetzt. Zur Absicherung dieser Risiken werden marktübliche Devisentermingeschäfte verwendet. Handelsrechtlich werden derivative Finanzinstrumente grundsätzlich erst im Zeitpunkt ihrer Glattstellung erfasst. Davor erfolgt eine Bilanzierung der schwebenden Geschäfte gemäß § 256a HGB.

#### **1.6 Latente Steuern**

Latente Steuern werden gemäß § 274 HGB seit 2010 für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Im Jahresabschluss der DDA erfolgt jedoch kein Ansatz latenter Steuern, da eine gewerbe- und körperschaftsteuerliche Organschaft zur Dow Olefinverbund GmbH, Schkopau (DCG), als Organträger besteht.

### **2 Erläuterungen zu den einzelnen Posten der Bilanz**

#### **2.1 Anlagevermögen**

Die Entwicklung des Anlagevermögens sowie die Entwicklung der kumulierten Abschreibungen sind in der Anlage zum Anhang dargestellt.

#### **Immaterielle Vermögensgegenstände**

Ausgewiesen werden erworbene Know-how, Rechte, Warenzeichen, erworbene Software, Wettbewerbsverbote, Baukostenzuschüsse, entgeltlich erworbene Salzabbaugerechtigkeiten (Wartegelder) sowie Geschäfts- und Firmenwerte.

## **Sachanlagen**

Ausgewiesen werden Grundstücke, Gebäude und Produktionsanlagen sowie sonstige Anlagegegenstände der Werke in Stade, Ahlen, Böhlen, Bomlitz und Bitterfeld sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung in den deutschen Verwaltungs- und Verkaufsbüros.

## **Finanzanlagen**

Zum Stichtag werden Finanzanlagen mit einem Buchwert von Mio. EUR 0,1 (Vj.: Mio. EUR 0,1) in der Bilanz ausgewiesen.

## **2.2 Umlaufvermögen**

### **Vorräte**

Unter den Vorräten werden im Wesentlichen Hilfs- und Betriebsstoffe ausgewiesen.

Salzlauge ist die einzige Position, die noch im Bestand der Erzeugnisse geführt wird. Hierbei ist anzumerken, dass nur der noch nicht transportfähige Anteil im Bestand der Gesellschaft geführt wird. Alle transportfähigen Bestände aus der Eigenproduktion werden umgehend zu Marktpreisen an die Dow Europe GmbH, Horgen, Schweiz (DEG), verkauft.

### **Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

Die ausgewiesenen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben bis auf ein Mieterdarlehen (Mio. EUR 6,0) eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die Forderungen gegen den Gesellschafter in Höhe von Mio. EUR 7,3 betreffen in vollem Umfang Forderungen aus Umsatzsteuer im Rahmen der Organschaft.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen beinhalten Forderungen:

	31.12.2023 Mio. EUR	Vorjahr Mio. EUR
aus Lieferungen und Leistungen	40,7	27,9
aus Darlehen	410,5	517,0
	<b>451,2</b>	<b>544,9</b>

Die Forderungen aus Darlehen in Höhe von Mio. EUR 410,5 bestehen gegen die Dow International Finance S.à.r.l., Luxembourg, Zweigniederlassung Horgen, Schweiz (DIFS), und resultieren aus dem Cash-Pooling mit dieser Gesellschaft.

Die kurzfristigen sonstigen Vermögensgegenstände betreffen im Wesentlichen eine Vorauszahlung (Abschlag) für Stromlieferungen für Januar 2024 (Mio. EUR 20,7), erwartete Rückzahlungen aus der Rückvergütung gezahlter Energiesteuer von einem Lieferanten (Mio. EUR 1,8) sowie aus zu hohen Vorauszahlungen für Strom-/Energiesteuer (Mio. EUR 2,3).

### **2.3 Rechnungsabgrenzungsposten**

Die Zusammensetzung der Rechnungsabgrenzungsposten ist aus der folgenden Übersicht zu ersehen:

	31.12.2023 Mio. EUR	Vorjahr Mio. EUR
Vorausbezahlte Versicherungsprämien	4,0	3,8
Finanzierungskosten Anlagenleasing	3,7	0,0
Übrige	0,4	0,5
	<b>8,1</b>	<b>4,3</b>

### **2.4 Eigenkapital**

Das **gezeichnete Kapital** beträgt EUR 100.000,00.

Die **Kapitalrücklage** wird gegenüber dem Vorjahr in unveränderter Höhe ausgewiesen.

In die **Anderen Gewinnrücklagen** ist der Betrag aus der Neubewertung der Rückstellung für die Rekultivierung der Salzkavernen infolge des Übergangs auf die Neuregelungen des BilMoG zum 1. Januar 2010 im Geschäftsjahr 2010 eingestellt worden.

Das Jahresergebnis 2023 von Mio. EUR 50,2 wurde gemäß dem Ergebnisabführungsvertrag als Verbindlichkeit gegenüber der Gesellschafterin eingestellt.

### **2.5 Sonderposten für Investitionszulagen und Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen**

Der Sonderposten hat sich wie folgt entwickelt:

	01.01.2023 Mio. EUR	Auflösung Mio. EUR	31.12.2023 Mio. EUR
Zulagen (§ 1 InvZulG)	0,3	0,1	0,2
Zuschüsse	0,9	0,1	0,8
	<b>1,2</b>	<b>0,2</b>	<b>1,0</b>

## 2.6 Rückstellungen

Verpflichtungen aus Pensionen bestehen gegenüber aktiven und ehemaligen Mitarbeitern.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen:

	31.12.2023 Mio. EUR	Vorjahr Mio. EUR
Rekultivierung Salzkavernen	55,8	55,3
Abgabeverpflichtung Emissionsberechtigungen	12,3	23,5
Ausstehende Rechnungen	13,9	20,2
Rabatte/Preisnachlässe	6,5	11,1
Sanierung Boden und Grundwasser	4,8	7,3
Wasserentnahme/Abwasserabgabe	1,4	3,6
Abfindungen	0,6	0,0
Rechtsstreitigkeiten	0,0	2,4
Übrige	<u>1,2</u>	<u>1,1</u>
	<u>96,5</u>	<u>124,5</u>

## 2.7 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten weisen folgende Fristigkeiten auf (Vorjahreswerte in Klammern):

	Gesamtbetrag 31.12.2023 Mio. EUR	bis zu 1 Jahr Mio. EUR	von 1 bis 5 Jahren Mio. EUR	über 5 Jahre Mio. EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	80,7 (81,6)	80,7 (81,6)	0,0 (0,0)	0,0 (0,0)
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	53,7 (85,0)	53,7 (85,0)	0,0 (0,0)	0,0 (0,0)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (ohne Gesellschafter)	127,8 (172,4)	127,8 (172,4)	0,0 (0,0)	0,0 (0,0)
Sonstige Verbindlichkeiten	260,8 (261,0)	35,5 (22,0)	225,3 (239,0)	0,0 (0,0)
	<u>523,0</u> <u>(600,0)</u>	<u>297,7</u> <u>(361,0)</u>	<u>225,3</u> <u>(239,0)</u>	<u>0,0</u> <u>(0,0)</u>

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter betreffen sowohl im Vorjahr als auch im Berichtsjahr die Ergebnisabführung (Mio. EUR 50,2; Vj.: Mio. EUR 82,3). Daneben bestanden auch Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Mio. EUR 3,5; Vj.: Mio. EUR 2,7).

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** beziehen sich auf Lieferungen und Leistungen.

In den **Sonstigen Verbindlichkeiten** werden im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Leasingverpflichtungen in Höhe von Mio. EUR 247,0 (Vj.: Mio. EUR 247,0) ausgewiesen.

Besicherungen zu ausgewiesenen Verbindlichkeiten bestehen nicht. Dow Europe GmbH bürgt für alle Darlehen und Verpflichtungen der Lohnveredelungsfirmen gegenüber Gläubigern in einem europäischen Rahmenvertrag.

## 2.8 Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen entfallen zum 31. Dezember 2023 auf:

	Mio. EUR
a) Langfristige Energie- und Betriebsstoffversorgungsverträge	<u>945,5</u>
b) Servicevertrag Wartung Gasturbinen	<u>8,1</u>
c) Miet-, Leasing- und Pachtverträge	
2024	0,4
2025	0,4
2026	0,2
2027	<u>0,1</u>
	<u>1,1</u>

Energie- und Betriebsstoffversorgungsverträge wurden teilweise mit einer Laufzeit bis zu 20 Jahren abgeschlossen.

- d) Am 3. März 2010 schloss die DDA mit der DRABELA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Stade KG zwei Verträge über den Bau und das Leasing eines Wareneingangszentrums sowie eines Verwaltungsgebäudes in Stade ab. Aus diesem Investitionsvorhaben bestanden bei der DDA sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen, die sich auf die zehnjährige Grundmietzeit aufteilten. Diese Grundmietzeit endete in 2020.

Darüber hinaus erfolgen Zahlungen von insgesamt Mio. EUR 1,2, die als sogenanntes Mieterdarlehen ausgereicht werden.

Der Abschluss der Leasingverträge trägt auch zur Verringerung der Kapitalbindung bei und belässt das Investitionsrisiko beim Leasinggeber. Nach Ende der Grundmietzeit sehen die Leasingverträge zugunsten des Leasinggebers einen garantierten Restwert von insgesamt Mio. EUR 6,9 vor.

- e) Im April 2010 schloss die DDA mit der BTMU Capital Corporation Beacon Intermodal Leasing, LLC, Boston, USA, einen Leasingvertrag über das „Natural Gas and Hydrogen Fired Cogeneration Power Plant“ (Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk) in Stade ab. Die DDA hat das Kraftwerk für BTMU errichtet und nutzt dieses seit Fertigstellung im Rahmen des Leasingvertrags. Das Leasingverhältnis wird als Finanzierungsleasing abgebildet. Die Grundmietzeit betrug drei Jahre nach Fertigstellung mit einer Mietverlängerungsoption sowie verschiedener Kauf- und Rückgabeoptionen.

Mit Wirkung zum 13. Juni 2016 übertrug BTMU Capital Corporation den Leasingvertrag auf die Bankers Commercial Corporation mit Sitz in Kalifornien. Mit Wirkung zum 20. Oktober 2023 wurde der Leasingvertrag mit der Bankers Commercial Corporation, Kalifornien erneuert. Die neue Vertragslaufzeit beträgt fünf Jahre.

### **3 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**

#### **3.1 Umsatzerlöse**

Die Umsatzerlöse gliedern sich in folgende Tätigkeitsbereiche:

	2023 Mio. EUR	Vorjahr Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Erlöse aus Handel und Vertrieb	2.005,3	2.580,0	-574,7
Erlöse aus Lohnveredlung	664,9	1.077,8	-412,9
Leistungen Industriepark	104,3	115,4	-11,1
Leistungen an verbundene Unternehmen	81,6	108,0	-26,4
Verkaufsprovisionen	9,0	11,3	-2,3
	<b>2.865,1</b>	<b>3.892,5</b>	<b>-1.027,4</b>

Die Umsatzerlöse aus Handel und Vertrieb lassen sich zudem wie folgt aufgliedern:

	2023 Mio. EUR	Vorjahr Mio. EUR
Inland	1.740,4	2.312,8
Ausland	264,9	267,2
	<b>2.005,3</b>	<b>2.580,0</b>

#### **3.2 Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen**

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten Beihilfen für indirekte CO<sub>2</sub>-Kosten für das Jahr 2022 (Strompreiskompensation) von Mio. EUR 66,1 (Vj.: Mio. EUR 40,5). In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Gewinne aus Währungsumrechnung in Höhe von Mio. EUR 0,8 (Vj.: Mio. EUR 0,0) enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthielten im Vorjahr einen Verschmelzungsverlust aus der Verschmelzung mit der DPM in Höhe von Mio. EUR 6,3. Im Geschäftsjahr 2023 enthält diese Position die ratierliche Zuführung des Unterschiedsbetrags aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen gemäß Artikel 67 Abs. 1 EGHGB in Höhe von Mio. EUR 1,5 (Vj.: Mio. EUR 1,5) sowie Verluste aus der Währungsumrechnung in Höhe von Mio. EUR 1,7 (Vj.: Mio. EUR 0,7).

### **3.3 Zinsen und ähnliche Aufwendungen**

In diesem Posten sind Beträge aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen (Mio. EUR 1,5; Vj.: Mio. EUR 3,2) und sonstigen Rückstellungen für Rekultivierungsverpflichtungen (Mio. EUR 0,6; Vj.: Mio. EUR 0,8) enthalten.

Bei den Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen handelt es sich um den Nettoaufwand nach Verrechnung der Aufwendungen aus der Aufzinsung der Rückstellungen (Mio. EUR 3,2; Vj.: Mio. EUR 3,4) und aus Erfolgswirkungen aus einer Änderung des Diskontierungszinssatzes (Mio. EUR -1,0; Vj.: Mio. EUR 2,1) mit Erträgen aus dem Deckungsvermögen (Mio. EUR 0,8; Vj.: Mio. EUR 2,2).

Der Zinsaufwand für das Leasing des Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerks für das Jahr 2023 belief sich auf Mio. EUR 7,7 (Vj.: Mio. EUR 4,0).

## **4 Sonstige Angaben**

### **4.1 Angaben zum Mutterunternehmen**

Die Geschäftsanteile der DDA werden zu 100 % von der DCG gehalten.

Die Gesellschaft gehört über ihren Gesellschafter zum Konzern der The Dow Chemical Company (TDCC), Midland, USA (kleinster Kreis von Unternehmen) sowie zum Konzern der Dow Inc., Midland, USA (größter Kreis von Unternehmen). Der gemeinsame Konzernabschluss (10K-Report) beider Gesellschaften wird bei der U.S. Securities and Exchange Commission (SEC) unter der Registrierungsnummer 001-03433 (TDCC) bzw. 001-38646 (Dow Inc.) veröffentlicht.

Dieser Konzernabschluss wird nach den im U.S. GAAP angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmethoden aufgestellt.

## **4.2 Angaben zum Anteilsbesitz**

Die Gesellschaft hält zum Abschlussstichtag unmittelbare Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen:

	Buchwert 31.12.2023	Eigenkapital* 31.12.2022	Beteiligungs -quote	Jahresergebnis* 2022
	Mio. EUR	Mio. EUR	%	Mio. EUR
Induserv ST GmbH & Co. KG, Stade	0,001	0,0	100,0	0,0
BKV GmbH, Frankfurt am Main	0,054	20,6	0,26	-0,3
Niedersächsische Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall mbH, Hannover	0,003	11,4	0,026	2,6
Hanseatic Energy Hub GmbH, Hamburg	0,076	-6,2	10,0	-4,4

\* Da die Jahresabschlüsse der Gesellschaften bei Abschlusserstellung 2023 der DDA noch nicht vorlagen, werden hier die Werte aus dem Jahresabschluss 2022 gezeigt.

## **4.3 Derivative Finanzinstrumente**

Zum Bilanzstichtag waren Devisentermingeschäfte zur Absicherung von US-Dollar-Forderungen und Verbindlichkeiten abgeschlossen. Der nicht realisierte Gewinn wurde entsprechend § 256a HGB in Höhe von Mio. EUR 0,4 als sonstige Forderung erfasst. Die offenen Devisentermingeschäfte in Höhe von Mio. USD 73,5 dienen zur kurzfristigen Absicherung von Forderungen in Höhe von Mio. USD 47,5.

## **4.4 Mitglieder der Geschäftsführung**

Die Geschäftsführung der Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH, Stade, oblag bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses den folgenden Personen:

- Klaus Rudert, Global Corporate Account Executive, bis 9. Juni 2023
- Dieter Schnepel, Business Manufacturing Leader
- Claudio Ciuchini, Commercial Manager Energy Germany
- Katja Wodjereck, President D/A/CH, bis 28. Februar 2023
- Julia Susanne Schlenz, President D/A/CH, seit 1. März 2023
- Dr. Neldes Hovestad, Lead Site Manufacturing Director Stade
- Jana Kramer, Tax Manager Germany
- Jan Fredrik Niclas Anderson, Sales Director DIS und General Manager DOW Germany, seit 15. August 2023.

#### **4.5 Gesamtbezüge der Geschäftsführung**

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung beliefen sich im Geschäftsjahr auf Mio. EUR 3,6 (Vj.: Mio. EUR 3,0). Sie bestehen aus Fixum, erfolgsabhängiger Vergütung und sonstigen Bezügen.

Die Pensionsverpflichtungen für ehemalige Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebenen beliefen sich am Bilanzstichtag auf Mio. EUR 11,2 (Vj.: Mio. EUR 8,1). Darüber hinaus entfällt auf den genannten Personenkreis zum 31. Dezember 2023 kein wesentlicher, ausstehender Unterschiedsbetrag nach Artikel 67 Abs. 1 und 2 EGHGB (Vj.: Mio. EUR 0,1).

#### **4.6 Mitarbeiter**

Die Gesellschaft beschäftigte im Durchschnitt im Geschäftsjahr 2023 (einschließlich Geschäftsführung) 9 Mitarbeiter.

#### **4.7 Gesamthonorar des Abschlussprüfers**

Auf die Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB wird verzichtet, da diese Angaben in dem die Gesellschaft einbeziehenden Konzernabschluss der TDCC bzw. Dow Inc. enthalten sind.

#### **4.8 Angaben gemäß § 285 Nr. 30a HGB**

Aus dem Mindeststeuergesetz ergeben sich keine Auswirkungen. Die Gesellschaft erzielt und versteuert ihr zu versteuerndes Einkommen ausschließlich in Deutschland.

#### **4.9 Ergebnisverwendung**

Das Ergebnis des Geschäftsjahres (Mio. EUR 50,2) wird in die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter eingestellt und auf Grundlage des Ergebnisabführungsvertrags im Folgejahr an die Gesellschafterin abgeführt.

#### **4.10 Nachtragsbericht**

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt sind, liegen nicht vor.

Stade, den 28. Juni 2024

Geschäftsführer

gez. Julia Susanne Schlenz

gez. Jana Kramer

gez. Dr. Neldes Hovestad

gez. Claudio Ciuchini

gez. Dieter Schnepel

gez. Jan Fredrik Niclas Anderson

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2023

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					kumulierte Abschreibungen					Buchwerte		
	Stand am 01.01.2023		Zugänge		Umbuchungen	Abgänge	Stand am 31.12.2023		Stand am 01.01.2023		Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.2023
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>													
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	56.443.419,54	2.265.901,36	1.023.473,02	969.145,28	58.763.648,64	41.238.226,66	3.413.195,54	969.145,28	43.682.276,92	15.081.371,72		15.205	
2. Geschäfts- oder Firmenwert	44.078.000,00	0,00	0,00	0,00	44.078.000,00	19.590.221,79	2.938.533,33	0,00	22.528.755,12	21.549.244,88		24.488	
3. Geleistete Anzahlungen	4.366.495,53	4.001.498,16	-891.275,92	0,00	7.476.717,77	0,00	0,00	0,00	0,00	7.476.717,77		4.366	
	104.887.915,07	6.267.399,52	132.197,10	969.145,28	110.318.366,41	60.828.448,45	6.351.728,87	969.145,28	66.211.032,04	44.107.334,37		44.059	
<b>II. Sachanlagen</b>													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	331.519.891,77	4.521.626,19	4.611.651,17	202.525,36	340.450.643,77	209.076.064,60	5.879.510,66	197.254,07	214.758.321,19	125.692.322,58		122.444	
2. Technische Anlagen und Maschinen	2.346.799.919,00	11.293.888,25	35.408.109,15	23.968.095,56	2.369.533.820,84	1.973.505.502,83	58.927.050,78	23.795.316,33	2.008.637.237,28	360.896.583,56		373.294	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	74.868.438,24	1.400.122,45	1.473.151,62	9.099.173,22	68.642.539,09	67.038.690,56	2.721.215,14	9.068.101,17	60.691.804,53	7.950.734,56		7.830	
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	60.721.787,43	61.736.369,12	-41.625.109,04	230.802,46	80.602.245,05	0,00	0,00	0,00	0,00	80.602.245,05		60.722	
	2.813.910.036,44	78.952.006,01	-132.197,10	33.500.596,60	2.859.229.248,75	2.249.620.257,99	67.527.776,58	33.060.671,57	2.284.087.363,00	575.141.885,75		564.290	
<b>III. Finanzanlagen</b>													
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.000,00	0,00	0,00	0,00	1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.000,00		1	
2. Beteiligungen	76.636,40	55.786,00	0,00	0,00	132.422,40	115,00	0,00	0,00	115,00	132.307,40		77	
	77.636,40	55.786,00	0,00	0,00	133.422,40	115,00	0,00	0,00	115,00	133.307,40		78	
	2.918.875.587,91	85.275.191,53	0,00	34.469.741,88	2.969.681.037,56	2.310.448.821,44	73.879.505,45	34.029.816,85	2.350.298.510,04	619.382.527,52		608.427	

## **BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS**

An die Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH, Stade

### **Prüfungsurteile**

Wir haben den Jahresabschluss der Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH, Stade, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Dow Deutschland Anlagengesellschaft mbH, Stade, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

## **Grundlage für die Prüfungsurteile**

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

## **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und der Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmensaktivität zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmensaktivität, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmensaktivität zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

#### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsysteem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungs nachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungs feststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsyst em, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Leipzig, den 28. Juni 2024

**Deloitte GmbH**  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Andreas Otter  
Wirtschaftsprüfer

gez. Oliver Schrader  
Wirtschaftsprüfer